



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KI/248 - 26. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 880

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Jugenddebatte im Bundestag	S. 1
Permanente Völkerverwanderung in USA	S. 3
10 Jahre Konzentration GmbH.	S. 4
Schwarzer Tag für die Rentner	S. 6

Theorie und Praxis

D.Str. Um die sogenannte "Jugenddebatte" des Bundestages ins rechte Licht zu rücken, muss der seit Jahren in der Jugendarbeit stehende Kommentator zwei Seiten beleuchten, die formelle und die sachliche.

Zur formellen Seite ist zu sagen, dass auf Wunsch des Vizekanzlers die Koalition die Jugenddebatte auf den dritten Platz der Tagesordnung verwies, obwohl ihre ursprüngliche Spitzenposition im Zeitplan des Parlamentes am Donnerstag ein zweifellos fruchtbareres Debattergebnis gezeigt hätte. Zum anderen zeichnete sich - im Gegensatz zur Publikumstribüne, die mit Jugendlichen voll besetzt war - der Bundestag durch überwiegend unbesetzte Abgeordnetenbänke aus. Was mag die Jugend auf der Empore angesichts dieser Leere im Plenum gedacht haben? Einen schlechteren Start hätte sich diese parlamentarische Stunde für die Jugend wahrlich nicht wünschen können. Die wirklich nicht rosige Situation der Jugendarbeit in der Bundesrepublik war lediglich ein Anlass zu einem parlamentarischen Giftschmaus mit leichtem Schloß, wohl-tuend unterbrochen durch die beschwörenden Ausführungen der Abgeordneten Keilhack (SPD) und durch die temperamentvollen Erklärungsberichte des jungen CB/BHE-Abgeordneten Klutschera.

Die regierungssseitige Einführung der Debatte - und dies ist ihre sachliche Seite - stellte ein Rechenschaftsbericht des Bundesministers Dr. Schröder dar. In vielen Dingen ist ihm zuzustimmen, insbesondere in der Forderung nach einem verstärkten Jugendschutz, mit einem Seitenblick auf schlüpferige Presseerzeugnisse und Filmproduktionen. Allerdings - und das muss bei aller Bejahung von Massnahmen des Jugend-

schützes einschränkend gesagt werden - wird die Zuend von Vertretern eines gewissen Muckertums unter eine Glasglocke gesteckt, dann nimmt man ihr die Möglichkeit der geistigen und körperlichen Auseinandersetzung. Darum kann die Wegweisung nur sein: nicht zensieren, sondern behutsame Leitung und Lenkung der Jugend durch gute Filme, durch gute Publikationen. Die von Schröder genannten Exkurse aus dem Bundesjugendplan klingen gut im Ohr. Dass mit ihrer Hilfe im Jugendsektor achtbare Einzelerfolge erzielt werden könnten, ist unbestritten. Aber vom Rednerpult des Bundestages blickt man nicht in die Situation an den Brennpunkten der praktischen Jugendarbeit, in die Gemeinden. Mit Geldmitteln unzulänglich ausgestattete Jugendämter, Jugendheime in Baracken und düsteren Schulräumen sind keine Seltenheit.

Verrechnungsprobleme und eine Pythoneschlange des Bürokratismus erschweren in weitem Maße die Arbeit der Jugendleiter und lähmen - was weitaus schlimmer ist - ihre Begeisterung für die gute Sache. Ein Wort der Kritik zu den leider viel zu wenigen Worten Dr. Schröders zum Problem "Jugend in geteilten Deutschland": Man hätte gewünscht, den Bundesinnenminister einmal bei den verbindlichen Diskussionen des Jugendrings Münster zu Gast zu sehen oder in der Kontaktthemen der Inneren Mission. Er hätte dort gesehen, wie sehr die Jugendverbände gerade um dieses Problem ringen, er hätte fühlen müssen, wie einsam die Mädel und Junger sind, die das Land jenseits des "Eisernen Vorhangs" hinter sich lassen. Die Kontaktfreudigkeit der westdeutschen Bevölkerung ist für sie wirklich kein Ruhmesblatt!

Alle diese hier aufgezeigten Tatbestände reichen alleine schon aus, um die Notwendigkeit eines Instituts für Jugendfragen zu begründen, wie es die SPD vor geraumer Zeit beantragte. Unabhängig, finanziell hervorragend ausgestattet und mit besten Wissenschaftlern der Psychologie und Pädagogik besetzt sollte es nach dem Wunsche der SPD sein. Ausschussparlamentarische Interventionen haben erreicht, Regierung und Koalition umzustimmen. Das Ergebnis war daher mager: ein Studienbüro als Anhängsel des Jugendarchives in München. So beschloss die Koalition entsprechend der Ausschussvorlage gegen die Stimmen der SPD und des GB/BHE.

Ein Umschichtungsprozess mit vielen Unbekannten

O.L., New York, Ende Oktober

Wer amerikanisches Leben und die Eigenarten der Amerikaner verstehen will, muss sich vor Augen halten, dass dieser junge Gigant in der Weltpolitik und Weltwirtschaft in der Tat noch sehr unfertig ist. Was man in den sogenannten "Westerns", in den Filmen aus der Zeit der Neubesiedlung des Fernen Westens sieht, ist Vergangenheit. Und doch - die Völkerwanderung an die Westküste und in die westlichen und südwestlichen Staaten Amerikas hat nicht aufgehört.

Sobald erschienene Statistiken über die Bevölkerungsbewegung aus der knappen Zeit von 1950 bis 1955, zeigen, dass die Bevölkerung von Kalifornien von 10.5 auf 12.9 Millionen, also um 2.4 Millionen zugenommen hat. Dieser Zuwachs um 22.4 Prozent ist so gross, dass er in einem einzigen Staat von den 48 amerikanischen Bundesstaaten wahrscheinlich grösser ist als alle Wanderungen, die sich in der gleichen Zeit in Europa oder Asien abspielten. Man vergegenwärtige sich, was ein Bevölkerungszuwachs um mehr als ein Fünftel in fünf Jahren an neuen Häusern, neuen wirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten, neuen Schulbedürfnissen und in vielen tausend Einzelleben bedeuten muss.

Es ist vor allem das Gesetz des wirtschaftlichen Schwergewichtes, das diese amerikanischen Wanderungen bestimmt. Im Südwest, im östlichen Texas, das sich auch in vielen anderen Wirtschaftszweigen zu einem der bedeutungsvollsten wirtschaftlichen Zentren der USA entwickelt, sind in fünf Jahren nicht weniger als eine Million Menschen zur ansässigen Bevölkerung hinzugekommen. Wo es mehr und mehr Öl gibt, nimmt die Bevölkerung zu: in Arizona um mehr als ein Drittel, wenn es sich auch nicht um mehr als 300 000 Menschen handelt. In manchen der Südstaaten, die wegen ihrer reaktionären und menschenfeindlichen Negerpolitik nicht nur sozialen, sondern auch wirtschaftlichen Fortschritt hemmen, wie Mississippi und Alabama, ist nur ein sehr kleiner Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, der in Wahrheit angesichts der allgemeinen Bevölkerungszunahme einen Rückgang bedeutet: die Neger wandern aus dem Süden aus, wo sie keine wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten haben.

Dagegen gibt es in einigen Südstaaten, vor allem in Florida mit seinem Sonnen-Klima, dem steigenden Fremdenverkehr, der Citrus-Frucht-Industrie und ständig zuwandernden Industrie eine Bevölkerungszunahme von 800 000 Menschen oder 29.9 Prozent in einem halben Jahrzehnt. Tausende Pensionisten - eine Folge der Ausbreitung und Verbesserung der Alterspensionen - sind nach Florida übergesiedelt: der soziale Charakter der Bevölkerung hat sich gewandelt.

Industrielle Konzentration in alten und neuen Industriegebieten hat die amerikanische Völkerwanderung auch in diesem Jahrzehnt bestimmt. Im amerikanischen Automobilzentrum, im Staate Michigan, hat die Bevölkerung um ein Sechstel, um eine volle Million zugenommen. Viele Neger, die aus dem Süden auswanderten, haben hier Heim und Beschäftigung unter menschlichen Bedingungen gefunden: die Automobilarbeitergewerkschaft hat eine Atmosphäre menschlicher Gleichberechtigung zu schaffen verstanden. In Colorado, wo sich die Erdölindustrie neben anderen mechanischen Industrien auszubreiten begann, leben 1.2 Millionen mehr, ebenfalls ein Bevölkerungszuwachs um ein Sechstel. In Ohio, dessen wirtschaftliche Struktur der des benachbarten Michigan nicht unähnlich ist, lebten 1955

ebenfalls eine Million mehr Menschen als 1954.

Zwei grosse soziale Veränderungen zeigen sich in den Bevölkerungsdaten: die Abwanderung von den Farmen und der Rückgang in der wirtschaftlichen Bedeutung der ältesten Teile der Vereinigten Staaten, in den alten englischen Kolonien Neu-Englands, die viele Jahrzehnte hindurch das Zentrum des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Vereinigten Staaten waren.

So gut wie alle Agrar-Staaten in den USA haben nur kleine prozentuale Bevölkerungszunahmen zu verzeichnen - in Wirklichkeit eine Abnahme verglichen mit der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung. Dasselbe gilt von fast allen Ländern im Nordosten, die ihre alten Industrien von der Wanderung in den Süden nicht abhalten und neue Industrien nur in ungenügender Masse und vor allem mit automatisierten Betrieben von geringerer Beschäftigungsdichte schaffen könnten.

Wenn man gerade jetzt vor den Wahlen auf diese Veränderungen verweist, so mit dem deutlichen Hinweis auf die völlig neue Situation, die in manchen Teilen des Landes entstanden ist: welche Veränderung in den politischen Ansichten in einem Staat platzgegriffen hat, in dem, wie in Florida, beinahe jeder dritte, oder in Kalifornien beinahe jeder vierte Bewohner ein "Neuling" ist. Ebenso ist die geistige Verfassung von Menschen, die so grossen Veränderungen unterworfen sind, eine unbekannte Grösse. In der Tat, der amerikanische Gigant ist sehr jung und vielleicht gerade darum in vielen seiner Äusserungen und Reaktionen so unberechenbar.

* * *

Interessengemeinschaft mit vielseitigen Aufgaben

Am 29. Oktober 1956 kann die Konzentration GmbH., heute Bonn, auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Auf der Eichensyburg bei Dortmund, wo seinerzeit auch die Gründung dieser Interessengemeinschaft der sozialistischen Wirtschaftsunternehmen erfolgte, wird, im Zusammenhang mit einer Arbeitstagung, dieses Jubiläum gedacht werden. Die 10 Jahre des Bestehens der Konzentration stellen gleichzeitig einen Ausschnitt aus der Entwicklung der deutschen sozialistischen Presse im verflossenen Jahrzehnt dar.

Es ist bekannt, mit welchen Schwierigkeiten gerade die sozialistische Presse bei ihrem Wiederaufstehen im Jahre 1946 zu kämpfen hatte, da das gesamte Eigentum der SPD in den Jahren nach 1933 von den NS-Machthabern enteignet und verschleppt worden war. Damit hatten auch gleichzeitig 135 Tageszeitungen und über 100 Druckereien, die der SPD gehörten, den Betrieb einstellen müssen.

Schon in den ersten Besprechungen, die der Neugründung der SPD vorangingen, herrschte Einmütigkeit darüber, dass die Wiedergutmachung

26. Oktober 1956

und Zurückführung der von der NSDAP geraubten Betriebe die Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Arbeit sei. Es herrschte auch Einmütigkeit darüber, dass diese schwierige Angelegenheit am besten von einer zentralen Stelle bearbeitet werden könne. So wurde beschlossen, für diesen Aufgabenkreis eine Gesellschaft zu gründen, wie sie in ähnlicher Form bereits vor 1933, in der früheren Konzentration AG., Berlin, bestanden hatte. Während jedoch dieser frühere Zusammenschluss als Inhaber der Unternehmungen auftrat, wird die neue Gesellschaft von den Verlagen getragen.

Am 29. Oktober 1946 waren die Vorbereitungen soweit abgeschlossen, dass die Neugründung, die Konzentration GmbH., ihre Tätigkeit aufnehmen konnte. Zum Geschäftsführer wurde Carl Starbeck bestellt, der diese Position auch heute noch innehat. Er brachte aus seiner früheren Tätigkeit als Verlags- und Betriebsrevisor der Konzentration und Verlagsgeschäftsführer eine umfangreiche Sachkenntnis, sowie die ungewöhnliche Ausdauer und Zielstrebigkeit mit, die erforderlich war, um buchstäblich aus Schutt und Trümmern das noch vorhandene frühere Eigentum der SPD auszusondern und zu reklamieren.

Diese sehr komplizierten und zeitraubenden Arbeiten sind erst kürzlich zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Gleichwohl nahm inzwischen der planmäßige Aufbau der übrigen Abteilungen seinen Fortgang. Der Interessengemeinschaft wurde eine Einkaufszentrale angegliedert, die speziell den gemeinsamen Einkauf von Druckpapier und sonstiger Bedarf der technischen Betriebe betreibt. Eine Abteilung für Betriebs- und Steuerberatung wurde geschaffen. Für die befreundeten Verlage und Druckereien wird als Instrument der Betriebsberatung seit nunmehr vier Jahren ein Betriebsvergleich erstellt, der erste seiner Art in Deutschland überhaupt. Zu den weiteren Aufgaben gehört die Durchführung von Tagungen und Konferenzen und sonstigen Veranstaltungen, die der beruflichen Förderung der Mitarbeiter der angeschlossenen Unternehmen sowie der Ausrichtung der gemeinsamen Interessen dienen. Die Konzentration führt ferner Revisionen durch und besorgt die Haus- und Treuhandverwaltung für den Vorstand der SPD sowie, in Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Treuhandgesellschaft, Hamburg, die Erledigung der Steuerangelegenheiten für die Gesamtpartei.

Insgesamt haben sich jetzt 26 Zeitungsverlage, 30 Druckereien,

5 Buch- und Zeitschriftenverlage, 8 Buchhandlungen und 8 weitere Unternehmen der Interessengemeinschaft angeschlossen. Diese wird ihre treuhänderische und beratende Tätigkeit weiterhin zum Wohle der angeschlossenen Unternehmer und der Sozialdemokratischen Partei auch in Zukunft fortsetzen.

* * *

Tag der harten Herzen

FE. Wenn nicht noch der Bundesrat ein Hinsehen hat und den Vermittlungsausschuss anruft, dann wird es nach den Freitag-Beschlüssen im Bundestag dabei bleiben, dass die Rentner mit dem sogenannten dreifachen Mehrbetrag als Überbrückungszahlung abgespeist werden. Drei Millionen Rentner werden so nur DM 21.-- für den Versicherten, DM 14.-- für die Witwe und DM 10.-- für die Witwe erhalten.

Diese Zahlungen sind nach den hundertfältig abgegebenen Versprechungen der Bundesregierung, man werde nach sieben Jahren endlich auch die Rentner ausreichend versorgen, ein Hohn auf die Gerechtigkeit und eine neue bittere Enttäuschung für die Menschen, denen seit Jahr und Tag mit der "grossen umfassenden Sozialreform" ein Silberstreifen in den trüben und grauen Alltag gesetzt worden ist. Die Haltung der CDU im Bundestag zeigte eine Verküpfung der Herzen, die ihresgleichen sucht.

Und wieder einmal musste das Argument der fehlenden finanziellen Deckung herhalten, obwohl der Juliasturm trotz aller gegenteiligen Behauptungen von Finanzminister Schäfer nach wie vor überquillt. Die SPD hat sich bei ihrem Antrag, eine zusätzliche Rentnerrente zugewähren, aber selbst dazu nur itgefunden, auf die Zahlung von Bundesmitteln überhaupt zu verzichten, zumal die Rentenversicherungsträger allein in diesem Jahre einen Vermögenszuwachs von zwei Milliarden DM zu verzeichnen haben und die Gesamtüberschüsse bisher rund zehn Milliarden DM betragen. Aber auch das hat bei der stumpfen und hartherzigen Abstimmungsmaschine der CDU nichts genutzt, man fand sich noch nicht einmal bereit, den letzten bescheidenen FDP-Kompromiss-Antrag anzunehmen, dessen vierfachen Mehrbetrag versah.

Dieses Vorgescheit um die Renten zeigt, was man eines Tages zu erwarten haben wird, wenn die grundlegende Rentenreform zur Entscheidung ansteht. Offensichtlich hat der Bundeswirtschaftsminister dafür

berits die Parole angegeben, als er am Vortage der Bundestagsdebatte in Köln vor der Versicherungswirtschaft sich damit brüstete, er habe die Giftzähne aus dem Regierungsentwurf herausgebrochen und dafür eintrat, dass die Renten nicht zu hoch, sondern so angesetzt werden sollen, dass sie das Existenzminimum decken und für Notfälle ausreichen.

Der Bundeskanzler hat noch am 26. Oktober 1956 wörtlich erklärt:

"Es kann kein Zweifel daran sein, dass es hohe Zeit ist, auch denen, die nicht mehr arbeitsfähig sind oder die Arbeit ihres Lebens vollendet haben, ein auskömmliches Dasein zu verschaffen."

Die CDU und die Regierung sollen unter sich ausmachen, wie diese Widersprüche aufzuklären sind. Entscheidend aber ist, dass die wichtigsten Minister im Kabinett, Schäffer und Erhard, Pläne verfolgen, die die Rentner in bitterste Enttäuschung stürzen müssen.

Heute und jetzt ist aber wichtig, dass der Winter vor der Tür steht, der erste Schnee fällt und Weihnachtsen nicht mehr weit ist. In dieser Situation aber hat die CDU und die Regierung die Herzen verhärtet und die Taschen zugedrückt. Sie benahm sich so, wie in dem Märchen vom Mädchen mit den Schwefelhölzern, das zitternd und frierend an der Strasse stand und an dem die reichen Herren vorbeigingen, ohne ihn etwas abzukaufen.

Nach diesem Tag im Bundeshaus findet man die Auffassung nur bestätigt, dass die CDU nicht mehr weiss, was Armut und Not ist, dass sie jedes Gefühl für eine konstruktive Sozialpolitik verloren hat und ein genereller Wandel nur dann geschahen werden kann, wenn in Bonn diese intransigente und kartharische Hochheit abgelöst wird.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau